



# Perlachgucker

Zeitung der DKP Augsburg

Herbst 2016

## Sind Sie ein echter Bayer?

Die CSU hat ein Problem, die AfD. Dabei hatte doch einst Franz-Josef Strauß verkündet, es dürfe keine Partei rechts von der CSU geben. Also sinnt man in der Münchner Staatskanzlei nun, wie man trotz der neuen Konkurrenz weiter die rechte Flanke abdecken kann. Eine Idee: Die AfD

unterschiedliche Vorschriften für Menschen aufgrund ihrer Abstammung geschaffen werden. Artikel 2 legt fest, dass die Regelungen des Gesetzes sogar für Deutsche gelten, die zumindest ein Eltern- oder Großelternanteil haben, der außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik

»Viertelausländer« – auf dass auch noch der letzte Nazi kapiert, dass seine Stimme bei der CSU gut aufgehoben ist.

Im Sinne der bayerischen Leitkultur legt das Gesetz außerdem unter Artikel 5 (Vorschulische Sprachförderung) fest: »Die Verwendung der lokalen Dialekte wird unterstützt und gepflegt.« Zugleich wird aber der Geldbeutel fest verschlossen: »Die einzelnen Maßnahmen erfolgen im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel.«

Während das Gesetz den Zuwanderern, Flüchtlingen und ihren Nachkommen Verpflichtungen auferlegt, sollen die Betroffenen ihrerseits keine Rechte zugestanden werden: »Subjektive Rechte und klagbare Rechtspositionen werden durch die in diesem Gesetz begründeten Förderungen, Angebote oder Begünstigungen nicht begründet. Sämtliche finanzwirksamen Maßnahmen erfolgen nach Maßgabe des Staatshaushalts.« Die CSU ist also bereit, Menschenrechte per Gesetz abzuschaffen, um der AfD Stimmen abzujauchen. Die Konsequenz daraus: Die AfD ist nicht nur unser einziges Problem.

»Ich sehe hier, dass Ihre Großmutter 1957 aus Salzburg nach Bayern gezogen ist. Damit fallen Sie unter das Integrationsgesetz.«



rechts überholen und Stimmung machen, damit bei der nächsten bayerischen Wahl der Dimpflhuber, der seinen Trachtenverein durch Flüchtlinge gefährdet sieht, wieder die CSU wählt.

Dazu dient der Entwurf eines bayerischen »Integrationsgesetzes«, das CSU und Landesregierung durch den Landtag peitschen wollen. Mit dem Gesetz sollen

Deutschlands geboren und nach 1955 in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewandert ist.

Deutsche nach ihrer Abstammung einzuteilen, ist in der deutschen Geschichte nicht neu. 1935 wurden die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, um Menschen mit jüdischen Großeltern als »Vierteljuden« zu kategorisieren. Heute schafft die CSU den

**Demonstration in München:**  
Für ein solidarisches Miteinander  
– gegen das Ausgrenzungsgesetz!  
  
Sa., 22. Oktober 2016, 12 Uhr,  
DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64  
(Nähe Hauptbahnhof)

»In einer Situation, in der immer mehr Menschen berechnete Angst vor dem sozialen Abstieg haben, wird Hass gegen Flüchtlinge geschürt. Die Botschaft der Bundesregierung lautet: Ihr müsst den Gürtel enger schnallen und verzichten. Denn die Mehrkosten für die Flüchtlinge werden vor allem aus den Etats für Arbeit, Bildung und Soziales bezahlt. (...) Es ist eine alte Methode, die ArbeiterInnen gegeneinander auszuspielen. Nach der Entrechtung von Erwerbslosen durch die Agenda 2010 und das Hartz-System werden nun die Flüchtlinge als Lohndrücker missbraucht. Der lächerlich geringe Mindestlohn soll gekippt und Tarifforderungen mit dem Hinweis auf die Kosten für Flüchtlinge abgewehrt werden. Die Ausbeutung der gesamten Arbeiterklasse wird weiter vorangetrieben. (...) Die Verursacher und Profiteure von Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und Armut in diesem Land, von Krieg und Zerstörung in fremden Ländern und von Flucht sind die Banken und Konzerne und die ihnen dienenden Regierungsparteien. Sie stehen auf der einen Seite der Barrikade. Ihnen gegenüber stehen die Ausgebeuteten – egal welcher Herkunft.«

Aus dem Sofortprogramm der DKP



# Waffen nieder in Syrien!



Foto: Gabriele Senft

## Antikapitalistische Alternative DKP kandidiert 2017 bei der Bundestagswahl

Die DKP tritt bei der Bundestagswahl im kommenden Jahr an. Das Ziel ist, möglichst bundesweit mit Landeslisten anzutreten, um eine antikapitalistische Alternative wählbar zu machen.

Bereits im Februar hatte der DKP-Parteitag beschlossen, die Kandidatur vorzubereiten. Die Kommunistinnen und Kommunisten sehen ihre Aufgabe darin, im Wahlkampf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung aufzuzeigen: Verbesserungen sind nur im Kampf gegen Banken und Konzerne möglich, nicht durch Abschottung gegen Flüchtlinge.

Um kandidieren zu dürfen, müssen kleine Parteien Unterschriften sammeln und vorlegen – in den meisten Ländern muss die DKP deshalb 2.000 Unterstützer nachweisen. Wir halten diese Hürde für undemokratisch, wollen aber die Sammlung der Unterschriften nutzen, um unsere Alternative zur Politik der Kriegstreiber und Krisenprofiteure vorzustellen. Die DKP hat ihre Vorstellungen in dem Satz »Unsere Willkommenskultur heißt: Gemeinsam kämpfen!« und in ihrem Sofortprogramm zusammengefasst.

Die DKP richtet ihren Hauptstoß dagegen, dass sich die AfD auf dem Boden der von der »Großen Koalition« und ihrer Vorgängerregierung betriebenen reaktionären und militaristischen Politik als Vertreterin der breiten Bevölkerung aufspielen kann. Der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele sagte dazu: »Die AfD bietet mehr Merkel, nicht weniger. Mehr Rassismus als die Bundesregierung mit ihren Asylrechtsverschärfung. Mehr asoziale Sparpolitik als Schäuble mit seiner schwarzen Null. Gegen Merkel und gegen die AfD stehen wir für die Solidarität zwischen Flüchtlingen und Eingesessenen und für die antikapitalistische Alternative zu Ausbeutung, Spardiktat und Kriegspolitik.«

Die DKP kandidiert nicht gegen die Linkspartei. Sie kritisiert aber, dass diese zugunsten einer »rot-rot-grünen« Koalition bereit ist, auf zentrale Ziele zu verzichten, die sie bislang zu einem wichtigen Bündnispartner gemacht hat. Eine Beteiligung an der Bundesregierung wird es nur geben, wenn es »Die Linke« akzeptiert, Kriegseinsätze der Bundeswehr, weiteren Sozialabbau, rassistische Diskriminierung von Flüchtlingen und die Ausgrenzung armer Bevölkerungsschichten mitzutragen. Der DKP mit der eigenen Unterschrift die Kandidatur zu ermöglichen ist deshalb ein Signal: Dieses Land braucht eine linke Opposition!

Die Lage in Syrien ist dramatisch, die Lage für die Zivilbevölkerung in den Kampfgebieten verschlechtert sich immer mehr. Für die deutsche Bundesregierung und die großen Massenmedien sind die Schuldigen schnell ausgemacht: Das »barbarische Vorgehen« der syrischen Regierung stelle eine eklatante Verletzung des Völkerrechts dar, so Regierungssprecher Seibert. Damit liegt die Bundesregierung ganz auf der Linie der US-Regierung.

offiziell die Terrormiliz »Islamischer Staat« bekämpft, nimmt man dessen Stärkung in Kauf, wenn diese nur Assad schwächt.

Der Krieg der US-geführten Koalition, an der sich auch Deutschland beteiligt, findet völkerrechtswidrig ohne Zustimmung Syriens auf syrischem Territorium statt. Im Gegensatz dazu steht die von Syrien gewünschte Unterstützung Russlands in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht.

Die Vorwürfe an die syrische Regierung oder auch an Russland sollen über die tatsächlichen Ursachen des Krieges hinwegtäuschen. Dabei sind es die westlichen Staaten, allen voran die USA, sowie ihre Verbündeten in der Region wie die Türkei und einige Golfstaaten, die seit Beginn des Krieges 2012 das Ziel verfolgen, die syrische Regierung unter Präsident Barschar al-Assad zu stürzen und den syrischen Staat zu zerschlagen. Zu diesem Zwecke wurden und werden bewaffnete Milizen und Terrororganisationen direkt und indirekt unterstützt. Mit Waffenlieferungen (USA), der Formierung einer politischen Opposition gegen Assad (BRD), mit der Bombardierung von Stellungen der syrischen Armee wie in Deir al-Sor Mitte September. Während man

In Syrien treffen nicht einfach zwei konkurrierende Großmächte aufeinander, wie es die großen Medien Glauben machen wollen. Tatsächlich geht es um die Umsetzung des schon vor Jahrzehnten durch die USA verkündeten Plans zur »Neuordnung« des Nahen und Mittleren Ostens durch die NATO-Staaten, die EU sowie Israel. Seit Beginn des Krieges in Afghanistan 2001 säen die Imperialisten Tod und Zerstörung: Im Irak, im Jemen, in Libyen, in Palästina.

Die DKP unterstützt deshalb alle Initiativen für einen sofortigen Frieden in Syrien. Unser Protest richtet sich gegen die deutsche Bundesregierung, die USA, die EU und die NATO.

*»Die Kriege in Afghanistan und Syrien, die Kriegseinsätze der Bundeswehr müssen beendet werden. Wir fordern die Auflösung der Bundeswehr und die des Kriegsbündnisses NATO. Deutschland muss raus aus der NATO. Wir setzen uns für den Abzug der US-Atomwaffen, Flugzeuge und Drohnen von deutschem Boden und die Schließung der US- und NATO-Basen ein. Wir kämpfen gegen Rüstungsexporte, Rüstungsausgaben und Rüstungsproduktion. (...) Freiwillig werden die Kriegstreiber auf der Jagd nach Rohstoffen, Absatzmärkten und Einflussphären nicht nachlassen. Wir brauchen eine starke Friedensbewegung, und darin eine aktive Arbeiterbewegung, die den Kriegstreibern in den Arm fällt.«*

**Aus dem Sofortprogramm der DKP**





# Bayern sagt Nein zu CETA und TTIP! Volksbegehren soll Freihandelsabkommen stoppen

Hunderttausende Menschen haben am 17. September in sieben Städten der Bundesrepublik – unter anderem in München – gegen die von der EU geplanten Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) demonstriert. Zwei Tage später stimmte ein SPD-Konvent für CETA, auch wenn die Sozialdemokraten ein paar kosmetische Korrekturen erbitten. Am 27. Oktober soll der Vertrag mit Kanada unterzeichnet werden.

In CETA geht es unter anderem um Zölle, Marktzugänge, Investitionsschutz, die Anerkennung von Berufsabschlüssen, Transportdienstleistungen, die Liberalisierung der Erbringung von Dienstleistungen und unglaublich viele Detailregelungen, wie z.B. über die Etiketten von Weinflaschen. Doch die Folgen für uns können dramatisch sein. So sollen internationale Konzerne Sonderrechte erhalten. Vor Investitionsgerichten sollen sie gegen Kanada, die EU und ihre Mitgliedsstaaten klagen können und so demokratisch beschlossene Maßnahmen, die die Gewinne der Konzerne schmälern,

zu Fall bringen und Staaten zu Milliardensummen Schadensersatz verdonnern. Das Abkommen fördert den Ausverkauf öffentlicher Unternehmen und macht es schwieriger, Privatisierungen rückgängig zu machen. Zudem öffnen die EU und Kanada ihre Märkte für landwirtschaftliche Produkte. Für die Landwirtschaft nimmt damit der Druck zu, möglichst billig zu produzieren. Die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern wird den globalen Märkten geopfert.

Obwohl Berlin und Brüssel wild entschlossen sind, diesen Freibrief für die Großkonzerne um jeden Preis durchzusetzen, geht der Widerstand weiter. In Bayern will ein breites Bündnis die Landesregierung per Volksentscheid zwingen, CETA im Bundesrat abzulehnen. Zehntausende Unterschriften wurden dafür bereits gesammelt, die dem Innenministerium übergeben werden sollen. Anfang kommenden Jahres könnte es dann in Bayern zum Volksentscheid kommen.

[www.volksbegehren-gegen-ceta.de](http://www.volksbegehren-gegen-ceta.de)



**Kommunistinnen und Kommunisten sind Teil der Bewegung gegen CETA und TTIP, so wie hier bei den Großdemonstrationen am 17. September. Foto: RedGlobe**

»Die deutsche Exportwirtschaft profitiert von offenen Grenzen für Waren und Dienstleistungen. Das sind die wahren Gründe für die „offenen Grenzen“ von Angela Merkel. Die Ängste vieler Menschen vor Arbeitsplatz- oder Wohnungsverlust, vor sozialem Abstieg sind real. Verursacher sind aber eben nicht Flüchtlinge, die zu uns kommen, sondern Banken und Konzerne und die in ihren Diensten stehende Bundesregierung. Wir lassen uns nicht spalten! (...) Der Kampf gegen Ausbeutung und Krieg, das geht nur gemeinsam: In gemeinsamen Kämpfen von GewerkschafterInnen, ArbeiterInnen, Angestellten, Erwerbslosen, RentnerInnen, Auszubildenden, Studierenden, SchülerInnen, MigrantInnen und Geflüchteten!« **Aus dem Sofortprogramm der DKP**



Das ganze Sofortprogramm der DKP finden Sie unter [www.dkp-augsburg.de](http://www.dkp-augsburg.de)

## Dr' Perlachgugga



*Endlich schreibt amol oiner in mi nei, was des neie bairische Integrationsgesetz wirklich bedeidn duad, weil I hab no viel zwenig driba gherd! Des is iberhaupt koi Thema do drunt in meiner Schdadt! Obwohl so viele no gar ned so lang do sin, im Vergleich zu mir. Wenn I des richtig verschdanda hab, nochda bin I au a Ausländer;*

*obwohl I do am Rathausplatz gbaut worn bin, odr? I bin ja schließlich im Renaissance-Schtil gbaut worn. Also war mindeschdens mei Familie, der Campanile in Venedig oder der Turm, der wo do in Pisa so halbvarregt in da Kurv hängt. Dabei war I doch scho imma do in Augsburg! A so a Schmarrn! Dr' Horschi und seine Gaudiburschn und Mädla von dr' Regierung do in Minga, dia schbinnen doch! Da pfeifen's im öffentlicha Dienscht und in de Krankahaisa meischd scho ausm letschda Loch, koina will mehr sowas macha wie Bägga und so, aber Hauptsach, alle zua Zuagroiste macha und deswegen dia Aufnahmequota scho über Jahrzehnte hie erfüllt ham wolla, geh' schleichts eich doch! Und vor allem schtreichts amol des Sozial aus eierm Nama raus!*

*I hab amol nochfroggt, wie des eigentlich so in Augsburg is mit Leit, dia wo ned von do komma duan. Is scho a bissle her, des war um dem Michi sein Namensdag umaranand anno 2014. Von welchem Michi I schwätz? I moin freilig mei Turamichale! Da wards ihr da drunt 283.544 Leit. Über 50dausend ham an Ausweis ned von do, sondern ausm Ausland. Und vo de ibrige 230.000 san fascht 70.000, dia Deitsche san, weil dia se ham Einbürgern lassa odr welche, dia wo nochm zwoida Weltkrieg nach Deitschland ausgsiedlt sin und Leit, dia auswäirts auf'd Welt kommane Deitsche san. Und dann kommt dr' Horschi daher und will dr' Rescht au no aufbresla. Dabei seids ihr doch alle meine Augsburgura, egal woher ihr komma seids, ob aus Idalien, vom Boschborus oder au aus Hamburg - I mog eich alle!*

*Also bassts auf eich auf und lasst seich ned alles gfalla, von dene do in Minga drib, dia wo eich regiera duan.*

# Unvergessen: Hans Beimler

Im Augsburger Stadtrat, im Reichstag, im KZ und schließlich in Spanien bekämpfte der Kommunist die Faschisten

Am 1. Dezember 1936 wurde in Madrid der deutsche Kommunist und Antifaschist Hans Beimler getötet. Er starb auf den Barrikaden, um die spanische Hauptstadt gegen die von Hitlerdeutschland unterstützten Franco-Faschisten zu verteidigen.

Den Terror der Nazis hatte Beimler zuvor schon am eigenen Leib erleben müssen: Der Augsburger Stadtrat, der seit 1918 der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) angehörte, wurde am 11. April 1933 von den Nazis verhaftet und in das gerade eingerichtete Konzentrationslager Dachau verschleppt. Dort gelang ihm in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1933 die Flucht. Zunächst fand er bei Freunden Unterschlupf, bevor er über München nach Prag fliehen konnte.

In Moskau veröffentlichte er im August 1933 seinen Erlebnisbericht »Im

Mörderlager Dachau«. Dieses erste authentische Zeugnis über den Terror in den Konzentrationslagern der Nazis fand weltweit Beachtung.

Bis 1936 arbeitete Hans Beimler in Prag und Zürich unter Emigranten und baute in der Schweiz zusammen mit anderen KPD-Funktionären Gruppen zur Betreuung der illegal arbeitenden süddeutschen KPD-Bezirke auf.

Als 1936 in Spanien die Faschisten gegen die Republik putschten, schloss sich Hans den Internationalen Brigaden an. Er wurde politischer Kommissar des »Thälmann-Bataillons« der XI. Internationalen Brigade. In dieser Funktion inspizierte er am 1. Dezember 1936 die Stellungen seiner Genossen, als ihn die Kugel eines faschistischen Scharfschützen traf. Beimler wurde nach Barcelona überführt und auf dem Bergfriedhof Montjuïc beigesetzt. Als sein Leichnam durch die



Straßen gefahren wurde, nahmen Hunderttausende Menschen Abschied von dem Antifaschisten, der aus seiner fernen Heimat nach Spanien gekommen war, um für die Freiheit zu kämpfen.

## Augsburger Friedenswochen



Di, 01.11.2016, 10:30 Uhr, Westfriedhof Augsburg – Treff vor dem Krematorium **Gedenkveranstaltung »Für die Opfer des Faschismus«**

Schweigemarsch zur Gedenkstätte mit Kranzniederlegung.

Mi, 02.11.2016, 19:30 Uhr, Zeughaus, Filmsaal, Zeugplatz 4, Augsburg **Terroranschläge – Eine Antwort auf die Kriege des Westens?**

Referat und Diskussion mit Albrecht Müller

Do, 03.11.2016, 19:30 Uhr, Zeughaus, Filmsaal, Zeugplatz 4, Augsburg **Der Krieg in Syrien – Wie weiter?**

Vortrag und Diskussion mit Karin Leukefeld, freie Journalistin

Sa, 05.11.2016 19:30 Uhr, Gewerkschaftshaus, Am Katzenstadel 34, Augsburg **Endlich Frieden in Kolumbien?**

Diskussion mit Claudia Schröppel, ver.di-Mitglied, und André Scheer, »junge Welt«

Fr, 11.11.2016, 19:00 Uhr, Zeughaus, Reichlesaal, Zeugplatz 4, Augsburg **Die Leitmedien auf Linie: Wie Süddeutsche, Spiegel und Co. die Demokratie blockieren**

Referent: David Goebbmann, Kontext TV

So, 13.11.2016, 14:00 Uhr, Treffpunkt: Kreuzung Haunstetter Straße / Werner-von-Siemens-Straße **Rumplerwerke, Messerschmitt AG und Alter Flugplatz – Zivile und militärische Luftfahrt im Augsburger Süden**

Gebühr: 6,00 Euro, ermäßigt: 4,00 Euro

Di., 15.11.2016, 19:00 Uhr, Zeughaus, Reichlesaal, Zeugplatz 4, Augsburg **Stolpersteine in Augsburg**

Fr, 18.11.2016, 19:30 Uhr, Hollbau, Im Annahof 4, Augsburg **Netzwerk des Todes – Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden**

Buchpräsentation mit Jürgen Grässlin

Di, 29.11.2016, 19:30 Uhr, Augustanasaal, Im Annahof 4, Augsburg **Nordafrika und der Nahe Osten – Gibt es einen Weg aus Gewalt und Krieg?**

Diskussion mit Andreas Zumach

Do, 01.12.2016, 19:00 Uhr, Hans-Beimler-Zentrum, Manlichstr. 3, Augsburg **Gegen Krieg? Ja! Aber wieso eigentlich?**

Veranstalter: Alevitische Jugend, Jusos, SDAJ

So, 04.12.2016, 15:00 Uhr, Café Tür an Tür, Wertachstr. 29, Augsburg **Hans Beimler – Unvergessen** Musikveranstaltung mit dem Duo »Musikandes«